

Süddeutsche Zeitung



SZ Plus-Abonnement:

[AGB](#)

[Datenschutz](#)

[Datenschutz-Einstellungen](#)

[Abo kündigen](#)

Vertrag mit Werbung:

[Vertragsbedingungen](#)

[Datenschutz](#)

[Cookie-Policy](#)

[Vertrag mit Werbung kündigen](#)

[Widerruf nach Fernabsatzgesetz](#)

[Widerspruch](#)

[Utiq verwalten](#)

[Kontakt und Impressum](#)



Michael Kretschmer, Ministerpräsident in Sachsen, bei der Pressekonferenz der Bundes-CDU am Montag in Berlin. (Foto: Michele Tantussi/Getty Images)

Eine Koalition mit dem Wagenknecht-Bündnis sei nicht einfach, aber machbar, sagt der sächsische Ministerpräsident Kretschmer. Dafür müsse man erst einmal persönlich mit ihr reden, fordert Wagenknecht selbst. Nach einem Rechenfehler wird die Sitzverteilung in Sachsen korrigiert.

Alle Entwicklungen im Liveblog



Merken



Teilen



Feedback

Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen

Stimmen
Sachsen

Sitze
Sachsen

Stimmen
Thüringen

Sitze
Thüringen

Karte

Stimmenanteile

Vorläufiges amtliches Endergebnis **Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen**,
02.09.2024, 08:44 ▾

Wahlbeteiligung: 74,4 %

Partei Diff. **Oberer Balken: 02.09.2024**
Unterer Balken: Wahl 2019

Partei	Diff.	Stimmen Sachsen	Sitze Sachsen	Stimmen Thüringen	Sitze Thüringen
CDU	-0,2				31,9 % 32,1 %
AfD	+3,1				30,6 % 27,5 %
BSW	+11,8		- %	11,8 %	
SPD	-0,4			7,3 % 7,7 %	
Grüne	-3,5		5,1 %	8,6 %	
Linke	-5,9		4,5 %	10,4 %	
FW	-1,1		2,3 % 3,4 %		
Sonst.	-3,8		6,5 %	10,3 %	

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen; Stand: 02.09.2024, 08:44

Alles zu den Landtagswahlen

Für unseren Liveblog verwenden wir neben eigenen Recherchen Material der Nachrichtenagenturen dpa, Reuters, epd, KNA und Bloomberg.

Die wichtigsten Ereignisse:

Merz: Regierung muss mit uns über Zurückweisung von Geflüchteten sprechen ↓

Wagenknecht: Wer mit uns koalieren will, muss mit mir sprechen ↓

Sachsen-Ergebnis korrigiert - AfD verliert Sperrminorität ↓

Sachsens Landeswahlleiter hat sich verrechnet - vermutlich bei der Sitzverteilung ↓

Kanzler nennt Ergebnisse "bitter" und lobt Zusammenhalt in der SPD ↓

Heute 13:40 Uhr

Kassian Stroh



Kretschmer: Bündnis mit BSW „nicht einfach, aber möglich“

In der CDU mehren sich die Signale, eine Kooperation mit dem neuen Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) anzustreben. Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hält eine Koalition mit

BSW und SPD für machbar. "Es wird nicht einfach sein, es wird auch seine Zeit dauern, aber es ist möglich", sagt er im Deutschlandfunk. In Sachsen und in Thüringen kommt die CDU nicht am BSW vorbei, wenn sie eine Regierungsmehrheit ohne die AfD bilden will. Mit der Linken will sie nicht koalieren; die Tolerierung einer CDU-geführten Minderheitsregierung durch die Linke schließt CDU-Chef Friedrich Merz aber nicht aus.

„Das ist kein Partner, den wir uns wünschen würden“, sagt Thorsten Frei über das BSW; als parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag ist er eine gewichtige Stimme in der Bundes-CDU. „Aber wir sehen auf der anderen Seite beispielsweise, dass das BSW zu einer realistischen Migrationspolitik zu neigen scheint. Wir sehen auch, dass es im Bereich der Gesellschaftspolitik Überschneidungen gibt“. Große Herausforderungen gebe es dagegen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, „wo wir unvereinbare Positionen haben, aber die spielen in der die Landespolitik auch keine Rolle“.

BSW-Gründerin Sahra Wagenknecht hatte Themen wie die Ukraine-Politik oder die geplante Stationierung von US-Raketen in Westdeutschland als Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung genannt. „Das kann die Union nicht mitmachen“, sagt Frei. Die BSW-Spitzenkandidaten in den Ländern hätten sich aber sehr viel stärker auf die Landespolitik fokussiert als Wagenknecht. Ministerpräsident Kretschmer sagt dazu: "Wir koalieren nicht mit Frau Wagenknecht, sondern mit Menschen, die in den sächsischen Landtag gewählt worden sind."





Foto: Lisi Niesner/Reuters

Sabine Zimmermann, Spitzenkandidatin des BSW, und Ministerpräsident Michael Kretschmer am Wahlabend in Dresden.

Die CDU ist in Sachsen knapp stärkste Kraft geworden, ihre bisherige Regierungskoalition mit der SPD und den Grünen hat im Landtag aber keine Mehrheit mehr. "Ich möchte diesem Land eine stabile Regierung geben", sagt Kretschmer, der gute Chancen hat, Ministerpräsident zu bleiben. Der Weg dahin werde aber nicht leicht und könne monatelange Verhandlungen mit den möglichen Koalitionspartnern bedeuten.

Heute 13:52 Uhr

Kassian Stroh



Merz: Regierung muss mit uns über Zurückweisung von Geflüchteten sprechen

CDU-Chef Friedrich Merz verlangt bei dem Treffen von Bundesregierung, Ländern und Union am morgigen Dienstag Verhandlungen über eine deutliche Verringerung der Migration. Nicht das Waffenrecht und Abschiebungen seien das eigentliche Problem. „Das eigentliche Problem ist der nach wie vor ungesteuerte Zuwanderungsdruck.“ Auf fünf Abschiebungen kämen derzeit 100 neue Zugänge. „So kann man das Problem nicht lösen.“

Merz sagt: „Wenn die Koalition mit uns über die Lösung sprechen will, dann muss auf die Tagesordnung als Thema Nummer eins die Begrenzung der Zuwanderung.“ Dies gehe nur mit Zurückweisungen an

den deutschen Staatsgrenzen. Wenn die Koalition dazu nicht bereit sei, was man am Dienstag sehen werde, dann brauche es keine weiteren Sitzungen. „Dann brauchen wir keine weiteren Stuhlkreise, dann brauchen wir keine weiteren therapeutischen Gespräche.“ Die Regierung müsse dann die Verantwortung alleine tragen, was daraus dann noch folgen könne.

Heute 13:50 Uhr

Natascha Holstein



Die SZ berichtet

Lesen Sie hier unsere wichtigsten Analysen, Hintergründe und Einordnungen zu den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen:

- Die neue Sperrminorität von einem Drittel der Landtagssitze in Thüringen verschafft der AfD viel Macht – auch ohne Regierungsmehrheit: Verfassungsrichter etwa kann man jetzt nur noch von Björn Höckes Gnaden werden. [Von Ronen Steinke. \(SZ Plus\)](#)
- Die Koalition wird sich von den jüngsten Wahlniederlagen kaum erholen. Für Deutschland bedeutet das: ein verlorenes Jahr. Und: Mit einem Nachfolger von Olaf Scholz wird's auch nicht besser. [Ein Kommentar von Nicolas Richter. \(SZ Plus\)](#)
- „Auch viele jüngere AfD-Wähler sind überzeugt rechtsextrem“: Der Soziologe Axel Salheiser erklärt, warum ausgerechnet so viele junge Menschen die Partei gewählt haben. [Ein Interview von Carim Soliman. \(SZ Plus\)](#)
- Ökonomen befürchten, dass Fachkräfte und Unternehmen die ostdeutschen Bundesländer verlassen. Auf Bundesebene wären Wahlerfolge von AfD und BSW noch weitaus dramatischer. [Von Alexander Hagelüken. \(SZ Plus\)](#)

- Die AfD feiert in Sachsen und Thüringen Rekordgewinne, das BSW wird aus dem Stand die drittstärkste Kraft. Welche Koalitionen sind jetzt möglich, wo liegen die Hochburgen der Parteien, und wie unterschiedlich haben Stadt und Land gewählt? Die Analyse der Landtagswahlen in Grafiken und Karten von Markus Hametner, Sören Müller-Hansen, Oliver Schnuck und Marie-Louise Timcke. (SZ Plus)

Hier können Sie SZ Plus testen.

Heute 13:33 Uhr

Kassian Stroh



Wagenknecht: Wer mit uns koalieren will, muss mit mir sprechen

BSW-Chefin Sahra Wagenknecht sieht sich als erste Ansprechpartnerin für mögliche Koalitionspartner ihrer Partei in Thüringen und Sachsen. „Wer mit uns koalieren möchte, muss auch mit mir sprechen“, sagt die Vorsitzende des Bündnisses Sahra Wagenknecht. „Ich denke schon, ein persönliches Gespräch ist da angemessener als ein Telefonat.“ Die eigentlichen Koalitionsverhandlungen würden aber im Land geführt.

Wagenknecht bekräftigt die Forderung, dass sich die Landesregierungen für eine Kursänderung bei Waffenlieferungen an die Ukraine sowie gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland in Stellung bringen. „Es geht darum, dass sich die Landesregierung positioniert“, sagte Wagenknecht. Der jeweilige Ministerpräsident müsse diese Position auch nach außen vertreten.

Die CDU, die in Thüringen und Sachsen eine Regierung bilden will, lehnt diese Positionierung strikt ab - und betont, in Landesregierungen gehe es um Landespolitik und nicht um die Außen- oder Sicherheitspolitik des Bundes. Auch in den BSW-Landesverbänden ist nicht jeder glücklich

darüber, dass die Bündnis-Gründerin selber bei der Koalitionsfrage in den Ländern mitreden will.



Foto: Christian Mang/Reuters

Sahra Wagenknecht bei der Pressekonferenz am Montag.

Heute 13:31 Uhr

Xaver Bitz



Woidke will Wahlkampf noch stärker auf AfD-Konfrontation ausrichten

Nach den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen ist vor der Wahl in Brandenburg. Knapp drei Wochen vor dem Wahltermin will Ministerpräsident Dietmar Woidke den Wahlkampf noch stärker auf die Konfrontation mit der AfD zuspitzen. „Das bedeutet, dass wir die Auseinandersetzung im Wahlkampf weiter intensiv führen müssen und dass wir vielleicht noch deutlicher als bisher auch darauf aufmerksam machen müssen, wofür diese AfD hier bei uns in Brandenburg steht“, sagt er. „Sie steht für die Vergangenheit.“

Der SPD-Spitzenkandidat sieht in seinem Bundesland deutliche Unterschiede zu den Wahlen in Sachsen und Thüringen. Das sei „überhaupt

nicht mit Brandenburg zu vergleichen“, so der Ministerpräsident.

„Brandenburg hat eine ganz andere Grundlage auch erst recht für die Brandenburg-SPD.“ Dort lag die SPD in der jüngsten Insa-Umfrage von August bei 20 Prozent hinter der AfD mit 24 Prozent und vor der CDU mit 19 Prozent. Der Verfassungsschutz stuft die AfD Brandenburg als rechtsextremistischen Verdachtsfall ein.

Heute 13:16 Uhr

Maximilian Kornprobst

Lindner hält nach FDP-Wahlpleiten an der Ampel fest

Die FDP bleibt in der Ampel. Ihr Vorsitzender Christian Lindner bekennt sich auch nach den schweren Niederlagen seiner Partei am Sonntag zur Koalition im Bund. Die FDP ist in Sachsen und Thüringen deutlich an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert und hat es nicht die Landtage geschafft.

Trotzdem stehe die FDP zu ihren gegebenen Worten und zum Koalitionsvertrag, sagt der Bundesfinanzminister. Er widerspricht damit ausdrücklich dem gescheiterten thüringischen FDP-Spitzenkandidaten Thomas Kemmerich, der für einen Ausstieg der Liberalen aus der Ampel plädiert hat. Lindner weist auf noch laufende Projekte der Koalition wie die Wachstumsinitiative hin. „Es ist besser, diese Maßnahmen kommen jetzt, als dass sie nicht kommen“.

Die Parteien des demokratischen Zentrums müssten jetzt handeln, sagt der FDP-Vorsitzende. Die Wählerinnen und Wähler hätten die klare Botschaft gesendet, es müsse sich etwas ändern in Deutschland. Lindner fordert eine grundlegende Neuordnung der Einwanderungs- und Asylpolitik. Für die FDP gebe es dabei „keine Denkverbote“.

Heute 12:36 Uhr

Xaver Bitz



Höcke fehlt bei Wahlanalyse der AfD in Berlin

Der Thüringer AfD-Landes- und Fraktionschef Björn Höcke fehlt bei der Wahlanalyse der Partei in Berlin. Höcke sei in Thüringen, er sei im Wahlkampf an die Belastungsgrenze gegangen, begründet die Partei seine Abwesenheit. Er wird durch den Co-Landeschef der AfD, Stefan Möller, vertreten. Höcke hatte zuletzt ein Fernsehduell unter Angaben von Gesundheitsgründen in der Wahlkampf-Schlussphase verpasst.

Heute 12:19 Uhr

Kassian Stroh



AfD-Chef: Briefwahl verbieten

Die AfD will nach eigenen Angaben die Möglichkeit der Briefwahl "verbieten". Das sagt der Bundesvorsitzende der zumindest in Teilen rechtsextremen Partei, Tino Chrupalla, in einer Pressekonferenz in Berlin. Die Manipulationsgefahr sei zu groß.

Experten halten die Manipulationsmöglichkeiten einer Stimmabgabe per Brief für nicht höher als bei anderen Formen.

Heute 11:58 Uhr

Maximilian Kornprobst

Türkische Gemeinde „entsetzt“ über Wahlausgang

Der Verein Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) ist nach eigenen Worten entsetzt über die Wahlerfolge der AfD in Sachsen und Thüringen. "Für uns, die 'neuen' Deutschen mit Migrationsgeschichte, sind diese Ergebnisse erschütternd und beängstigend, denn sie stellen unsere Heimat und unsere Zukunft hier infrage", erklärte die Bundesvorsitzende des Dachverbands, Aslihan Yesilkaya-Yurtbay. Viele Menschen ihrer Generation planten bereits, Deutschland zu verlassen.

Die aktuelle Situation erinnere stark an die 1990er-Jahre, kritisierte sie. Politiker und Politikerinnen aller Parteien würden zunehmend rassistisch

geprägte Erzählungen reproduzieren, etwa wenn Migration und Sicherheit als Gegensätze dargestellt würden. Yesilkaya-Yurtbay appellierte an sie: „Hören Sie auf damit, gesellschaftliche Probleme zu migrantisieren und arbeiten Sie endlich gemeinsam an Lösungen. Aber vor allem: Machen Sie keinen Wahlkampf, mit dem Sie die Positionen der AfD bestätigen“.

Heute 10:40 Uhr

Kassian Stroh



Sachsen-Ergebnis korrigiert - AfD verliert Sperrminorität

Der Landeswahlleiter in Sachsen hat eine neue Sitzverteilung mitgeteilt: Demnach verlieren CDU und AfD jeweils einen Sitz im neuen Landtag - verglichen mit der in der Nacht bekanntgegebenen Zahl. Die Grünen und die SPD bekommen jeweils einen mehr. Grund der Panne sei ein "Softwarefehler" gewesen.

Die CDU bleibt demnach stärkste Kraft mit 41 Sitzen vor der AfD mit 40 Sitzen - beiden hatte der Landeswahlleiter in der Nacht je einen Sitz mehr zugesprochen. Die Grünen haben nun sieben Mandate, die SPD stellt zehn Abgeordnete. An den grundsätzlichen Optionen für eine neue Regierungskoalition ändert die Korrektur aber nichts. Allerdings wird die AfD nun keine Entscheidungen blockieren können, die im Landtag mit einer Zweidrittelmehrheit gefasst werden müssen - etwa die Wahl von Verfassungsrichtern. Dem Parlament werden insgesamt 120 Abgeordnete angehören.

Bereits in der Nacht hatten die Experten der Internetseite wahlrecht.de die Vermutung geäußert, der Landeswahlleiter habe sich verrechnet und eine falsche Sitzverteilung bekanntgegeben. Die von ihm veröffentlichten Zahlen passten nämlich nicht zu den veröffentlichten Stimmanteilen. Nach dem Sitzzuteilungsverfahren nach Sainte-Laguë, das seit dieser Wahl auch in Sachsen angewendet werde, müssten SPD und Grüne jeweils einen Sitz mehr bekommen. Ob er tatsächlich nach

einem anderen Verfahren gerechnet hat oder wo genau der Fehler lag, teilte Landeswahlleiter Martin Richter, der Präsident des Landesamtes für Statistik, bislang nicht mit.

Heute 09:46 Uhr

Kassian Stroh



Söder: Die CDU muss nun in den sauren Apfel beißen

Am Tag nach den Landtagswahlen hat sich nun auch der CSU-Chef zu den Ergebnissen geäußert. Markus Söder betont, dass das gute Abschneiden der AfD in Thüringen und Sachsen eine "Zäsur" in der deutschen Nachkriegsgeschichte darstelle. „Auch wenn sich das durch Umfragen angedeutet hat: Wenn das Wahlergebnis real wird, dann spürt man erstmal, was sich in Deutschland verändert hat“, sagt der bayerische Ministerpräsident dem Sender Bayern 2.

Ähnlich hatte sich auch die Grünen-Spitze schon am Wahlabend geäußert. Mit der will Söder ja nichts zu tun haben - und in der weiteren Analyse differieren dann beide Seiten auch wieder deutlich. Denn Söder sieht die Stärke der AfD in der Schwäche der Koalition von SPD, Grünen und FDP begründet: „Die Ampel ist eine rauchende Ruine im Osten. Und deswegen ist das jetzt schon ein Einschnitt tiefgreifender Art in die deutsche Parteiengeschichte und Nachkriegsgeschichte, mit dem man sich intensiv auseinandersetzen muss.“

Söder äußerte sich nicht näher dazu, wie die CDU mit dem BSW und den Linken umgehen soll, mit denen sie eigentlich nicht zusammenarbeiten will, nun aber womöglich muss, um eine Regierungsmehrheit in beiden Ländern zu finden. Ziel müsse nun sein, eine stabile Regierung zu bilden, „die dann auch etwas leisten kann“, sagt Söder. Die Chance dazu habe in beiden Ländern die CDU. Dafür müsse sie in den sauren Apfel beißen. Die Vorbehalte gegen eine Kooperation mit der Linken und dem BSW seien nachvollziehbar, sagt Söder. Das sei normalerweise völlig unvorstellbar.

„Nur: Das Unvorstellbare ist gestern demokratische Realität geworden.“

Heute 09:07 Uhr

Xaver Bitz



„Wir kennen keine Brandmauern“: so tickt der Gewinner des Direktmandats für die Freien Wähler

Matthias Berger ist bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen ein Unikum. Denn er hat das einzige Direktmandat für seine Partei, die Freien Wähler (FW), geholt, was dazu führt, dass diese mit einem Sitz im künftigen Landtag vertreten sind. Der amtierende Oberbürgermeister von Grimma setzte sich im Wahlkreis Leipzig Land 3 mit 36,6 Prozent der Stimmen durch. Er ließ unter anderem den AfD-Bewerber Jörg Dornau (30,7 Prozent) hinter sich.

Dabei ist Berger - was seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien betrifft - offener, als seiner Bundespartei lieb ist. Die hatte nämlich noch im Februar mit großer Mehrheit für ein Kooperationsverbot mit der AfD gestimmt. Berger - bei der Landtagswahl der FW-Spitzenkandidat - hatte sich zuvor nicht eindeutig von der AfD abgrenzt und eine „Brandmauer“ zu der vom Verfassungsschutz in Sachsen als gesichert rechtsextrem eingestuften Partei infrage gestellt. Auf seiner Homepage ist auch heute noch zu lesen: „Wir reden mit jedem! Eine gute Idee ist eine gute Idee, egal von wem sie kommt. Wir kennen keine Brandmauern.“





Foto: Sebastian Willnow/dpa

Matthias Berger, Spitzenkandidat der Freien Wähler in Sachsen

Der Parteichef der Freien Wähler, Hubert Aiwanger, hatte eine politische Zusammenarbeit vor der Landtagswahl jedoch ausgeschlossen. „Eine politische Zusammenarbeit mit der AfD wird nicht kommen, sondern würde von der Bundespartei sanktioniert“, sagte Aiwanger auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur. „Wir haben dazu eine klare Beschlusslage.“

Einig dürften sich Aiwanger und Berger dagegen bei ihrer Einstellung zu den Grünen sein. Die lehnen nämlich beide innig ab. Einer grünen Regierungsbeteiligung erteilt Berger auf seiner Homepage eine Absage. Zudem ist davon die Rede, „die grüne Klientelpolitik für die großen Städte“ zu beenden.

Heute 08:24 Uhr

Kassian Stroh



Sachsens Landeswahlleiter hat sich verrechnet - vermutlich bei der Sitzverteilung

Um kurz vor ein Uhr in der Nacht hat der Landeswahlleiter das vorläufige amtliche Endergebnis für Sachsen mitgeteilt. Doch das ist zumindest in Teilen falsch: Das Statistische Landesamt hat der SZ bestätigt, dass man sich verrechnet hat - ohne nähere Details zu nennen. Das werde im Laufe des Tages passieren, man sei derzeit auf Fehlersuche. Der Präsident des Landesamtes, Martin Richter, fungiert auch als Landeswahlleiter.

Experten hatten bereits in der Nacht die Vermutung geäußert, er habe

eine falsche Sitzverteilung für den neuen Landtag bekanntgegeben. Die von ihm veröffentlichten Zahlen passten nämlich nicht zu den veröffentlichten Stimmanteilen, heißt es auf der Internetseite wahlrecht.de, die von ausgewiesenen Experten für alle Fragen rund um Wahlen betrieben wird.

Sie haben nachgerechnet und schreiben, dass sie nach dem Sitzverteilungsverfahren nach Sainte-Laguë, das seit dieser Wahl auch in Sachsen angewendet werde, auf jeweils einen Sitz mehr für die SPD und die Grünen kämen. AfD und CDU hingegen hätten nach ihrer Rechnung jeweils einen weniger als vom Landeswahlleiter verkündet. In Sachsen ist das Berechnungsverfahren vor dieser Wahl geändert worden.

Heute 05:05 Uhr

Leopold Zaak



Kanzler nennt Ergebnisse "bitter" und lobt Zusammenhalt in der SPD

Bundeskanzler Scholz hat auf die Wahlergebnisse in Sachsen und Thüringen reagiert – mit einem Auftrag für die demokratischen Parteien. Diese müssten, so Scholz gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters, Bündnisse jenseits der AfD bilden. Die Ergebnisse für die AfD in Sachsen und Thüringen seien "bitter" und würden ihm Sorgen bereiten. "Daran kann und darf sich unser Land nicht gewöhnen. Die AfD schadet Deutschland. Sie schwächt die Wirtschaft, spaltet die Gesellschaft und ruiniert den Ruf unseres Landes", betonte Scholz.

Zugleich lobte der Sozialdemokrat den Zusammenhalt der SPD. "Die Wahlergebnisse von Sonntag sind bitter - auch für uns. Dennoch: Die SPD hat zusammengehalten." Man habe gemeinsam einen guten und klaren Wahlkampf geführt. "Das hat sich gelohnt, denn die düsteren Prognosen in Bezug auf die SPD sind nicht eingetreten." Es zeige sich:

Kämpfen lohne, sagte Scholz ebenso wie die SPD-Parteispitze am Sonntagabend. "Jetzt geht es darum, stetig um mehr und neue Zustimmung zu werben", fügte er hinzu. Zuvor hatte etwa SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert betont, dass die Regierung und auch der Kanzler die Politik besser und mehr erklären müssten. Scholz dankte den SPD-Wahlkämpfern und Spitzenkandidaten Petra Köpping (Sachsen) und Georg Maier (Thüringen).

Heute 04:05 Uhr

Leopold Zaak



Proteste gegen Rechtsruck in Sachsen und Thüringen

Nach den Landtagswahlen sind in Sachsen und Thüringen Hunderte Menschen auf die Straße gegangen, um gegen den Rechtsruck und die AfD zu protestieren. In Erfurt versammelten sich nach Polizeiangaben etwa 500 Demonstranten aus dem linken Spektrum am Landtag. Angemeldet hatte den Protest unter dem Motto „Konsequent Antifaschistisch“ das Bündnis „Auf die Plätze“. Später zogen die Demonstranten um die Altstadt. Dabei liefen laut Polizei auch einzelne Demonstranten verummmt mit.

In Leipzig versammelten sich vor dem Neuen Rathaus nach Veranstalterangaben etwa 800 Menschen zu Protesten gegen die AfD. Zuvor waren sie bei drei Demonstrationen aus dem Osten, Süden und Westen der Stadt in die Innenstadt gezogen. Dazu aufgerufen hatten das linke Netzwerk „Leipzig nimmt Platz“ und die Leipziger „Omas gegen Rechts“. Auch in Dresden gab es Proteste. Berichte über Ausschreitungen gibt es bisher nicht.

Auch in anderen Teilen des Landes, wie in Hamburg und Berlin gingen jeweils Hunderte Menschen auf die Straße, um gegen Rechtsextremismus zu demonstrieren.

